

# **Unsere Ideen. Für Saarbrücken.**

## **Das Kommunalwahlprogramm 2009-2014**

### **von Bündnis 90/Die Grünen**

#### **Inhaltsverzeichnis**

<b>Unsere Ideen für Saarbrücken</b>	<b>3</b>
<b>1. Grüne Stadt am Fluss: Klimaschutz, Stadtentwicklung, Mobilität</b>	<b>7</b>
<b>1.1. Klimaschutz: Keine halben Sachen</b>	<b>7</b>
1.1.1. Erneuerbare Energien stärken	7
1.1.2. Umweltschutz sichert Lebensqualität	8
<b>1.2. Stadtentwicklung</b>	<b>8</b>
1.2.1. Mit der „Stadtmitte am Fluss“ die Verkehrswende schaffen	9
1.2.2. Baulücken schließen, Nahversorgung sichern	10
<b>1.3. Mobil in der Stadt</b>	<b>10</b>
1.3.1. Verkehrsträger vernetzen	10
1.3.2. Parken in der Stadt	12
<b>2. Saarbrücken bildet sich: Leistung und mehr Gerechtigkeit in Kita, Schule und Uni</b>	<b>13</b>
2.1. Krippen und Ganztagschulen ausbauen	13
2.2. Saarbrücken braucht starke Hochschulen	14
2.3. Stadtbibliothek stärken	15
<b>3. Vielfalt gestalten</b>	<b>15</b>
3.1. Macht und Verantwortung fair zwischen Frauen und Männern aufteilen	15
3.2. Aktive Politik für Lesben und Schwule	16
3.3. Das Herz Europas gestalten	17
3.4. Zukunftsaufgabe Integration meistern	18
3.5. Selbstbestimmtes Leben für Behinderte	18

3.6. Alt und Jung: Den demografischen Wandel gestalten	19
<b>4. Soziales und Gesundheit in Saarbrücken</b>	<b>20</b>
4.1. Gemeinwesenarbeit stärken	20
4.2. Kinder und Jugendliche fördern	21
4.3. Gesundheit für alle	21
4.4. Sicherung einer angemessenen Wohnungsversorgung	22
4.5. Drogenpolitik	22
<b>5. Eine Stadt zum Leben: Kultur- und Sportangebote stärken</b>	<b>23</b>
5.1. Kreative Stadt – auf dem Weg zur urban governance	23
5.2. Mehr Raum für Sport	24
<b>6. Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Finanzpolitik</b>	<b>25</b>
6.1. Grüne Arbeitsmarktpolitik	25
6.2. Grüne Finanz- und Wirtschaftspolitik	26
6.2.1. Die Wirtschaftsregion Saarbrücken braucht ein klares Profil	28
<b>Impressum</b>	<b>30</b>

# Unsere Ideen für Saarbrücken

Saarbrücken ist Landeshauptstadt. Saarbrücken ist Wissenschaftsstandort.  
Saarbrücken ist Filmstadt. Saarbrücken ist Stadtmitte am Fluss. Saarbrücken ist Europa. Saarbrücken ist Zuhause.

Saarbrücken ist nichts...  
...ohne seine Menschen!

Sie sind Saarbrücken – im umfassenden Sinne. Vom Neugeborenen bis zur Greisin. Sie machen unsere Stadt aus. Sie sind entscheidend für die Entwicklung Saarbrückens.

Wir, die GRÜNEN in Saarbrücken, arbeiten seit vielen Jahren daran, Saarbrücken urban und weltoffen, aber auch vertraut und wohnlich zu gestalten. Wir fordern eine gerechte und nachhaltige Politik für alle Menschen egal welchen Alters, welchen Geschlechts, welcher Herkunft. Wir fordern, dass unsere Stadtgesellschaft solidarisch, tolerant und offen für Neues ist. Wir stellen uns den Problemen der Gegenwart und den Herausforderungen der Zukunft. GRÜN steht für eine kreative und vielfältige Stadt.

## **Unser Programm hat folgende sechs Schwerpunkte:**

### **1. Grüne Stadt am Fluss: Stadtentwicklung, Mobilität, Klimaschutz**

Wir GRÜNE wollen, dass Saarbrücken künftig eine Vorreiterrolle im Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz einnimmt. Unsere Landeshauptstadt hat hier dringend Nachholbedarf, weil die CDU-FDP-Koalition sich jahrelang nicht für das Klima interessiert hat. Wir wollen, dass die Verwaltung ein Konzept für die Ansiedlung von Unternehmen aus der Regenerativen Branche entwickelt. Denn konsequenter Klimaschutz ist nicht nur eine Notwendigkeit, um unsere Welt für die zukünftigen Generationen zu erhalten, sondern auch Jobmotor und Wirtschaftsfaktor. Das Großprojekt „Stadtmitte am Fluss“ für ein urbaneres und lebenswerteres Saarbrücken ist für uns eng verknüpft mit einer Verkehrswende. Wir wollen den Umweltverbund stärken und ein effektives Mobilitätsmanagement einführen. Mit einer sinnvollen Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger wollen wir die Lebensqualität in der Stadt verbessern.

### **2. Leistung und mehr Gerechtigkeit in Kita, Schule und Uni**

Saarbrücken muss alles tun, um die Talente zu fördern, die in jeder und jedem Einzelnen stecken, von Anfang an. Dies ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Um gleiche Startchancen für alle zu gewährleisten, wollen wir einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr. PISA hat es gezeigt: Das deutsche Schulsystem ist ineffektiv und ungerecht. Statt die Kinder nach der vierten Klasse auf verschiedene Schulformen aufzuteilen, setzen wir GRÜNE auf eine gut ausgestattete Ganztagschule für alle Kinder von Klasse 1 bis 9. Wir GRÜNE wollen die Wissenschaft und Forschung in Saarbrücken stärken und machen uns dafür stark, dass die Stadt mehr als bisher als Universitäts- und Hochschulstadt wahrgenommen wird.

### **3. Vielfalt gestalten**

Wir GRÜNE stehen für eine offene, bunte und tolerante Stadtgesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben sollen. Deshalb streiten wir seit langem dafür, dass Frauen und Männer die gleichen Rechte und Pflichten haben – nicht nur auf dem Papier. Saarbrücken liegt mitten im Herzen Europas. Wir setzen uns dafür, ein, dass Europa vor Ort bei den Menschen ankommt und Saarbrücken von seiner Lage in der SaarLorLux-Region profitiert. Wir kämpfen für die Anerkennung schwuler und lesbischer Lebensformen und ein aktives Engagement gegen deren Diskriminierung. In Saarbrücken leben seit langem Bürgerinnen und Bürger vieler Nationen zusammen. Wir wollen, dass sie alle einen gleichberechtigten Zugang zu den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen unserer Gesellschaft haben. Wir kämpfen dafür, dass Saarbrücken eine barrierefreie Stadt wird. Das nutzt sowohl Menschen mit Behinderungen als auch älteren Menschen und Eltern mit Kinderwagen.

### **4. Soziales und Gesundheit in Saarbrücken**

Wir GRÜNE setzen uns für eine solidarische Stadtgesellschaft ein. Wir sehen mit Besorgnis, dass die Schere zwischen Arm und Reich auch in Saarbrücken immer weiter auseinanderklafft und kämpfen dafür, dass niemand aufgrund von Armut aus der Gesellschaft ausgeschlossen wird.

Wir wollen, dass wichtige Felder der kommunalen Sozialpolitik wieder von der Landeshauptstadt Saarbrücken gestaltet werden können. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Saarbrücken kreisfrei wird. Seit vielen Jahren unterstützen wir die Gemeinwesenarbeit, die sich unbürokratisch für die Menschen in ihrem Stadtteil einsetzt und damit auch wesentlich zur Stadtentwicklung beiträgt.

Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, gesund zu leben und gesund zu bleiben. Deshalb kämpfen wir auch weiterhin dafür, dass das Winterbergklinikum in öffentlicher Hand bleibt. Wir setzen auf präventive Gesundheitspolitik, die nicht früh genug beginnen kann. Wir wollen, dass Kinder in den Schulen gesundes Essen bekommen und Kindertageseinrichtungen zahlreiche Möglichkeiten zu sportlicher Betätigung bieten.

Eine gute Wohnung ist eine wichtige Voraussetzung für ein gesundes Leben. Wir setzen uns daher für eine moderne, bürgernahe Siedlungsgesellschaft ein, die wichtige Beiträge zu einer positiven Stadtentwicklung leistet.

Wir wollen betroffenen Menschen den Ausstieg aus der Drogenszene und den Einstieg in ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Dazu zählt auch das Einüben von Beschäftigung. Wir sagen dem Drogenhilfezentrum weiterhin unsere Unterstützung zu. Gleiches gilt für den Ausbau der Drogenprävention.

### **5. Eine Stadt zum Leben: Kultur- und Sportangebote ausbauen**

Saarbrücken hat eine starke und vielfältige Kulturszene. Wir GRÜNE wollen ihre Freiräume stärken und die Kulturangebote in den einzelnen Stadtteilen voranbringen. Denn Kulturangebote verbessern die Lebensqualität und die Identifikation mit dem Stadtteil. Kultur und Kunst sind gesellschaftlicher Impuls und Lebenselixier.

Saarbrücken muss seine kreativen Potenziale künftig besser nutzen. Deshalb setzen wir uns für eine deutliche Anhebung des Kulturetats ein.

Miteinander gewinnen und verlieren können und in Gemeinschaft Sport treiben ist eine wichtige Erfahrung und leistet einen Beitrag zu sozialem Lernen und Gewaltprävention. Sport ist gesund und baut Brücken. Deshalb setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen für Sport und Bewegung in Saarbrücken ein.

### **6. Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**

Wir GRÜNE sind grundsätzlich der Meinung, dass die Stadt nicht nur sparen, sondern auch sinnvoll investieren muss. Unsere Finanzpolitik setzt auf die drei Schwerpunkte: Transparenz, klares Bekenntnis zu kommunalen Aufgaben und cleveres Sparen. Wir wollen, dass das Konjunkturprogramm des Bundes in erster Linie den Kommunen zugute kommt und sinnvoll eingesetzt wird. So hat Bildung für uns z.B. Vorfahrt vor Straßenbau. Wir setzen hier auf einen GRÜNEN New Deal. Damit wollen wir mit einem sozial-ökologischen Investitionsprogramm die Finanzkrise als Chance nutzen. Dazu gehören z.B. auch Investitionen in ökologische Erneuerung, Bildungseinrichtungen und soziale Gerechtigkeit.

Bei der Umsetzung der kommunalen Arbeitsmarktpolitik sind für uns Kriterien wie die Wahrung sozialer Bürgerrechte, die Hilfe aus einer Hand und die Einbeziehung der Kommunen auf gleicher Augenhöhe zentral. Wir machen uns für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt stark und wollen Menschen aktivieren, ihre Fähigkeiten fördern und ihnen die Integration in die Gesellschaft dauerhaft ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass in der Landeshauptstadt die kommunale Arbeitsmarktpolitik organisatorisch gestärkt wird und entsprechende öffentliche Finanzmittel z.B. aus EU-Programmen nach Saarbrücken gelenkt werden.

## **Viel GRÜN in den Stadtrat**

Wir GRÜNE haben in den letzten Jahren viel erreicht. Auch aus der Opposition heraus ist es uns gelungen, wichtige Projekte durchzusetzen und viele Rahmenbedingungen entscheidend mitzubestimmen. So haben wir z.B. erreicht, dass bei städtischen Gebäuden 10 Prozent der Energiekosten eingespart werden müssen. Bei der Liniennetzoptimierung haben wir dafür gesorgt, dass die wichtigsten Strecken erhalten bleiben, im Umfeld des Drogenhilfezentrums haben wir eine positive Lösung sowohl für die Drogenabhängigen als auch für die AnwohnerInnen gefunden und wir haben entscheidend dazu beigetragen, dass das Winterbergklinikum nicht privatisiert wird. Auch in Zukunft wollen wir in Saarbrücken Verantwortung übernehmen, um eine gerechte und nachhaltige Politik für die Menschen egal welchen Alters, welchen Geschlechts, welcher Herkunft zu verwirklichen. Wir stellen uns den Problemen der Gegenwart und den Herausforderungen der Zukunft. In unserem Programm stellen wir dar, was wir in den nächsten fünf Jahren erreichen wollen.

Starke GRÜNE im Saarbrücker Stadtrat - das macht einen entscheidenden Unterschied. Helfen Sie mit, unsere Stadtgesellschaft solidarisch, offen, kreativ und tolerant zu gestalten. Dafür brauchen wir Ihr Engagement und am 7. Juni Ihre Stimme.

# 1. Grüne Stadt am Fluss: Klimaschutz, Stadtentwicklung, Mobilität

## 1.1. Klimaschutz: Keine halben Sachen

### 1.1.1. Erneuerbare Energien stärken

Dass der Klimaschutz mittlerweile einer der Hauptjobmotoren mit fast 250.000 neuen Arbeitsplätzen darstellt, ist fast schon eine Binsenweisheit. In der Verwaltung hat man aber immer noch kein Konzept, wie man als Stadt diesen Fakt ausnutzen will. Forcierte Bestandspflege der vorhandenen Firmen: Fehlanzeige! Gezieltes Ansiedeln von Firmen im Bereich Energieeffizienz und regenerative Energien: Fehlanzeige! Eine Zusammenarbeit mit der HTW oder der Universität mit dem Ziel einer Vernetzung von Forschung und Wirtschaft: Fehlanzeige! Wir GRÜNE fordern das Amt für Wirtschaftsförderung auf, ein **Konzept für die Ansiedlung von Unternehmen der Regenerativen Branche** zu entwickeln. Die Zusammenarbeit mit Uni und HTW soll intensiviert werden.

Der Strom- und Gasvertreiber ESLL hat Saarbrücken zur „Öko-Hauptstadt“ gekürt. Möglich macht dies laut eigener Aussagen „100% Ökostrom“ - allerdings nur für Privatkunden. Eine Behauptung, die im Wesentlichen davon lebt, dass Strom aus norwegischen Wasserkraftwerken eingekauft wird, nicht jedoch durch den Ausbau regenerativer Energieerzeugung in Saarbrücken und Umgebung. Zwar ist der Kauf von Strom aus Wasserkraft ein Schritt in die richtige Richtung, er muss aber jetzt mit einem stärkeren regionalen Engagement im **Ausbau der Erneuerbaren Energien** unterfüttert werden.

Durch den Einstieg der RWE-Tochter VSE bei den Stadtwerken Saarbrücken wird die Energiepolitik in der Landeshauptstadt weiter entkommunalisiert. Die nachhaltige Förderung der regenerativen Energien wird durch diese Entscheidung aus Sicht der GRÜNEN nicht gefördert. RWE hat in Ensdorf deutlich gemacht, für welche Art der Energieerzeugung sie stehen. Wir GRÜNE kritisieren den Verkauf von Anteilen an den Saarbrücker Stadtwerken und haben als einzige Fraktion im Stadtrat dagegen gestimmt. Die Entscheidung der Stadtwerke Saarbrücken, wieder in die Energieerzeugung einzusteigen, wird von uns GRÜNEN grundsätzlich begrüßt. Wir sehen aber durch das Engagement von VSE die Gefahr, dass diese Erzeugung tendenziell eher konventionell als regenerativ sein wird. Wir fordern die Stadtwerke auf, die Förderung der dezentralen und regenerativen Energieerzeugung weiterzuführen und sich deutlich gegen die Interessen des Fast-Monopolisten RWE zur Wehr zu setzen.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass in den städtischen Gebäuden neben den technischen Sanierungsmaßnahmen auch das Nutzerverhalten stärker unter die

Lupe genommen und verändert wird. Impulse wie die Maßnahmen „Ökologische Schule und ökologischer Kindergarten“, bei denen Energiesparen belohnt wird, müssen zu einem Maßnahmenprogramm „Ökologische Verwaltung“ weiterentwickelt und in ein Gesamtkonzept integriert werden. Darüber hinaus muss das „Gebäudebetreuungspersonal“ durch Fortbildungen im Energiemanagement geschult werden. Nur wenn alle diese Maßnahme ineinander greifen, können sie effektiv wirken.

Wir GRÜNE stehen für einen spürbaren Ausbau erneuerbarer Energien. Dazu müssen **alle privaten und öffentlichen Dachflächen Saarbrückens auf den Einsatz für Fotovoltaik untersucht werden.**

### **1.1.2. Umweltschutz sichert Lebensqualität**

Wir GRÜNE setzen uns für eine Stadtverwaltung ein, die wichtige Themenfelder wie Luft, Wasser und Bodenschutz effizient und eigenverantwortlich wahrnimmt.

Wir bekennen uns zum Industriestandort Saarbrücken, aber die Lebensqualität in den Stadtteilen darf nicht darunter leiden. In der Auseinandersetzung mit Halberg Guss um die Emissionen und Gerüche hat sich gezeigt, dass vieles an aufkommenden Konflikten durch eine offensive Kommunikation seitens des Verursachers relativiert werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass die entsprechenden Betriebe einen offensiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik führen und in der Verbesserung ihrer Umwelttechnologien nicht nachlassen. Des Weiteren fordern wir die entsprechenden Betriebe auf, in den Gremien der Landeshauptstadt regelmäßig über ihr Umweltmanagement zu berichten.

Umweltschutz zeigt sich auch im Umgang mit wieder verwertbaren Ressourcen, die in Saarbrücken öfter in der grauen Restmülltonne landen als in anderen Städten des Landes. Das effizienteste Mittel, das Restmüllaufkommen zu reduzieren und Wertstoffe wie Papier, Glas, Kunststoff, Metall sowie Bioabfälle getrennt zu sammeln und zu verwerten, besteht für uns GRÜNE in der **Müllverweigung**. Die Erfahrungen in Lebach und St.Wendel bestätigen dies. Wir ziehen dieses System eindeutig dem sogenannten „Identsystem“ vor, welches sich auf das Volumen der Tonnen bezieht. Wir GRÜNE machen uns dafür stark, dass der Ansatz der Müllverweigung wieder zur Diskussion steht. Ergänzend zur Müllverweigung setzen wir uns dafür ein, dass die Anzahl der Wertstoffhöfe in Saarbrücken weiter ausgebaut wird.

## **1.2. Stadtentwicklung**

Wir GRÜNE setzen uns für eine nachhaltige soziale Stadtentwicklung ein. Jedes Projekt, das realisiert wird, darf nicht nur von kurzfristigem Nutzen für die Menschen

heute sein, sondern muss den Saarbrückerinnen und Saarbrückern auch in Zukunft zugute kommen. Um dies zu erreichen, setzen wir auf eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Von der Stadtverwaltung erwarten wir, dass sie diesem Ansatz bei der Realisierung der anstehenden Maßnahmen folgt. Projekte wie eine defizitäre Eventhalle oder einen überdimensionierten 4. Pavillon erkennen wir nicht als einen Beitrag einer nachhaltigen Stadtentwicklung an. Hier werden wir nach wie vor Widerstand leisten.

### **1.2.1. Mit der „Stadtmitte am Fluss“ die Verkehrswende schaffen**

„Stadtmitte am Fluss“ darf nicht als reines Verkehrsprojekt missverstanden werden: Der Bau des Autobahntunnels ist nicht der Zweck, sondern die notwendige Voraussetzung des Projektes, an dessen Ende Saarbrücken eine neue, lebenswerte Stadtmitte haben wird, die positiv in die Stadtteile ausstrahlt. Nichtsdestotrotz müssen die auftretenden Verkehrsprobleme offensiv bearbeitet werden. „Stadtmitte am Fluss“ bietet nach vielen Jahren falscher Verkehrspolitik die Chance, den Umweltverbund in Saarbrücken zu stärken und ein effektives Mobilitätsmanagement einzuführen. Dafür bedarf es einer aktiven Verkehrsplanung, die sich um mehr kümmert als nur den Bau neuer Straßen. Die Stadtverwaltung muss sich dieser Aufgabe annehmen, wofür die finanziellen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen.

Das Projekt „Stadtmitte am Fluss“ sehen wir als eine große Chance an, die Innenstadt zum Fluss hin zu öffnen und damit insbesondere für die Wohnbevölkerung der Innenstadt lebenswert zu gestalten. Den Gestaltungs-Entwurf verstehen wir als Diskussionsgrundlage, sehen aber auch noch Verbesserungsbedarf bei der Ausgestaltung und im Grünbereich.

Wir GRÜNE erwarten von der Verwaltung, dass ein effektives Krisen- und Finanzmanagement etabliert wird, so dass die Kosten des Großprojekts beherrschbar bleiben.

Grundsätzlich gilt, je kürzer der Wege, umso geringer die Umweltbelastung. Die **„Stadt der kurzen Wege“** erfordert eine Vernetzung sinnvoller Mobilitätsmaßnahmen und notwendiger städtebaulicher Maßnahmen. Angereichert werden diese Maßnahmen durch die Ausweisung und Pflege von Grünflächen, die für Mensch und Umwelt einen wichtigen Regenerationsbereich darstellen. Hier sehen wir im **Freiraum-Entwicklungsprogramm** der Landeshauptstadt einen sinnvollen Ansatz, den wir im Grundsatz teilen und mittragen. Wichtig ist aber auch, dass einem solchen Programm auch Taten folgen, insbesondere in den Stadtteilen. Wir GRÜNE fordern deshalb die Verwaltung auf, die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitzustellen, damit das Freiraum-Entwicklungsprogramm umgesetzt werden kann.

Welche Qualität die Stadt dem Schutz und der Entwicklung von Freiräumen beimisst, zeigt sich für uns GRÜNE insbesondere im Umgang mit den vorhandenen Bäumen in der Stadt.  **Stadtbäume sind Lebensqualität.** Stadtbäume, wie beispielsweise die Platane, beeinflussen das Mikroklima in der Innenstadt positiv. Sie beeinflussen die Feinstaubbelastung, minimieren den Lärmpegel und spenden Mensch und Tier angenehme, schattige Aufenthaltsräume. Wir GRÜNE setzen uns für einen schonenden Umgang mit dem Stadtbaubestand ein. Stadtbäume dürfen nur, wenn absolut notwendig (z.B. krank) eingeschlagen werden. Wir fordern die Verwaltung auf, bei Planungen frühzeitig den Baumschutz zu berücksichtigen und Totalabholzungen zu vermeiden.

### **1.2.2. Baulücken schließen, Nahversorgung sichern**

Die Entwicklung teurer Neubaugebiete in Rand- und Außenbereichen der Stadt muss eingeschränkt bzw. eingestellt werden. Stattdessen müssen die Baulücken in der Innenstadt geschlossen werden. Welche Möglichkeiten hier entstehen, zeigt das Projekt Artillerie-Kaserne in St. Annual. Saarbrücken braucht deshalb dringend ein Baulückenmanagement, mit dessen Hilfe Bauwillige schnell und zuverlässig ein für sie passendes Baugrundstück finden.

Damit Einkäufe zu Fuß und mit dem Fahrrad erledigt werden können, muss das bestehende Nahversorgungskonzept konsequent umgesetzt werden. Dazu gehört auch der strategische Ankauf von notwendigen Flächen für den Einzelhandel durch die Stadt. Nur durch eine integrierte Entwicklung, die sowohl wohnen, arbeiten als einkaufen in der Stadt ermöglicht, kann das Verkehrsaufkommen in Saarbrücken nachhaltig verringert werden.

## **1.3. Mobil in der Stadt**

Die Realisierung von „Stadtmitte am Fluss“ erzwingt eine Neuregelung der vorhandenen PKW- und LKW-Verkehre in Saarbrücken. Wir GRÜNE setzen dabei auf eine effektive Ergänzung vorhandener Strukturen, um innerstädtische Wohnlagen zu entlasten. Den Bau aufwendiger und teurer Prestigeobjekte, die in den 1970er Jahren in Mode waren, lehnen wir ab.

### **1.3.1. Verkehrsträger vernetzen**

Sämtliche Verkehrsträger müssen miteinander vernetzt werden. Park-and-ride (P&R) sowie Park-and-bike (P&B) Parkplätze bilden einen wichtigen Baustein, um die Innenstadt vom Autoverkehr zu entlasten. Das bisher geringe Angebot in Saarbrücken muss daher ausgebaut werden. Geeignete Plätze, an denen AutofahrerInnen auf den Nahverkehr umsteigen können, gibt es, es fehlen bisher nur

attraktive und sichere Parkmöglichkeiten in ausreichender Zahl. Bei der Entwicklung des Mobilitätsplanes der Landeshauptstadt muss daher die Entwicklung der Bike&Ride bzw. Park&Ride Konzepte einen besonderen Stellenwert einnehmen. Schon vorhandene Umsteigemöglichkeiten wie in Heinrichshaus und Brebach gilt es, zeitnah auszubauen.

Wir GRÜNE wollen, dass der **Anteil des Radverkehrs** in Saarbrücken in den nächsten 10 Jahren von aktuell nur 3 Prozent auf mindestens 10 Prozent gesteigert wird. Die Stadt hat bereits vor Jahren alle wesentlichen Maßnahmen dazu in einem Veloroutenkonzept festgeschrieben. Genau so lange hat die Mehrheitskoalition aus CDU und FDP die Umsetzung dieses Konzeptes verhindert und sich geweigert, die dafür entsprechenden Mittel in den Haushalt einzustellen. Neben der **Umsetzung des Veloroutenkonzepts**, das sich im Wesentlichen auf die Lückenschließung der großen Radwegeachsen durch die Landeshauptstadt konzentriert, müssen auch konsequent kleinere Baumaßnahmen zur besseren Anbindung der Stadtteile an das Radwegenetz durchgeführt werden. Dies muss einhergehen mit einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit für die Nutzung des Fahrrades als Alltagsverkehrsmittel. Wir GRÜNE wollen die **Stelle des Fahrradbeauftragten quantitativ und qualitativ aufwerten**. Der Fahrradhaushalt ist als fester Posten mit einer angemessenen Summe im Verwaltungshaushalt zu führen.

Neben dem Ausbau des Umweltverbundes muss es aber auch darum gehen, neue Formen des Autobenutzens zu fördern. **Car-Sharing** bietet hier eine innovative Möglichkeit, die in Saarbrücken auch schon etabliert ist. Wir setzen uns dafür ein, mit dem Betreiber des jetzigen Systems ein stadtweites System mit Berücksichtigung der Stadtteile zu etablieren.

Die Busse von Saarbahn&Bus bilden das Rückgrat des Öffentlichen Personennahverkehrs in Saarbrücken. Deshalb muss neben den notwendigen Anstrengungen, die Saarbahn weiter auszubauen verstärkt in einen besseren und attraktiveren Busverkehr investiert werden. Jede Liniennetzoptimierung, bei der es nur um monetäre Einspareffekte geht, lehnen wir grundsätzlich ab. Statt weniger muss mehr in den ÖPNV investiert werden, damit er eine Zukunftschance hat. Es gilt, dauerhafte Schwächen im Angebot zu beseitigen. Von zentraler Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die Einführung eines **Nachtverkehrs**, v.a. an Wochenenden und vor Feiertagen. Auch die Anbindung des Flughafens, insbesondere an Wochenenden und eine weitere Optimierung der Omnibuslinien muss aktuelles Thema bleiben und in die Zukunft gedacht werden. Mit dem **Bau zusätzlicher Haltepunkte der Bahn**, so z.B. an der Bahnunterführung Martin Luther Straße/Scheidter Straße (Haltestelle Heimgarten) könnten für den Busverkehr neue zentrale Umsteigepunkte geschaffen werden. Dies würde z.B. für Busfahrten an die Universität eine Linienverkürzung bedeuten und somit eine Verkürzung der Fahrzeiten. Gleichzeitig besteht weiterhin eine Anknüpfung an den Regionalverkehr

der Bahn ohne mit dem Bus den stark belasteten Verkehrsbereich rund um den Hauptbahnhof anzufahren. Das Beispiel zeigt, dass mit sinnvollen Investitionen der Busverkehr verbessert werden kann. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen. Mittelfristig muss der Ausbau des **Premiumproduktes Saarbahn** vorangetrieben werden. In einem ersten Schritt muss die Strecke von Völklingen nach Scheidt ausgebaut werden. Mittelfristig wollen wir GRÜNE eine Linie zwischen Dudweiler und Forbach. Diese Linie würde über die Universität, den Meerwiesertalweg, die Dudweilerstraße, die Wilhelm-Heinrich-Brücke, die Heuduckstraße und am Deutsch-Französischen-Garten vorbei, nach Forbach geführt. Sie würde als „Bildungslinie“ die Universität über die Innenstadt mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Alt-Saarbrücken verbinden und so zu einem verstärkten Austausch der verschiedenen Institutionen beitragen und die Verbindung von der Uni in die Stadt verstärken. Dass die Investitionen in einen besseren ÖPNV sich nachhaltig lohnen, zeigt sich bei einem weiteren für uns GRÜNE sehr wichtigen Politikfeld: Dem **verbesserten Lärmschutz** in der Landeshauptstadt Saarbrücken. Die Europäische Umgebungslärmrichtlinie zwingt die Kommunen, im Bereich des Lärmschutzes aktiv zu werden. Wir GRÜNE machen uns seit Jahren für **Lärmschutz** stark. Durch Geschwindigkeitsreduktion, Umleitung der Schwerlastverkehre oder bauliche Maßnahmen können die Saarbrückerinnen und Saarbrücker vor dem zunehmenden Verkehrslärm geschützt werden. Welche Maßnahmen sinnvoll sind, muss jedoch unter Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger herausgearbeitet werden. Dazu bedarf es einem integrierten Management gekoppelt an das Projekt „Stadtmitte am Fluss“. Durch eine Pilotstudie in der Dudweilerstraße kann exemplarisch gezeigt werden, wie ein Lärmreduzierungsprogramm konkret umzusetzen ist. Wir werden uns für eine gesicherte Finanzierung eines Lärmmanagements einsetzen, damit Lärmschutz auch in der Praxis umgesetzt werden kann und die Saarbrückerinnen und Saarbrücker wieder ein Stück Lebensqualität in der Stadt zurückgewinnen können.

### **1.3.2. Parken in der Stadt**

Jeder parkt, wo er will. Spätestens in den Abendstunden oder am Wochenende werden viele Gehwege, Radwege, Bushaltestellen oder Busspuren als Parkplätze missbraucht. Saarbrückens Parkhäuser hingegen stehen oft halb leer. Neben einer zunehmenden Verwahrlosung des öffentlichen Raumes zieht diese Parkmentalität aber auch ein konkretes Gefährdungspotenzial nach sich. Kurzfristig muss die Stadt restriktiv gegenüber Falschparkern vorgehen. In Saarbrücken ist selten zu beobachten, dass Parkkrallen angelegt oder Fahrzeuge abgeschleppt werden. Es ist zu vermuten, dass dies bei konsequenter Durchsetzung schnell eine Signalwirkung zeigen würde und die Situation verbessern würde. Wir fordern von Seiten des Ordnungsamtes und der Polizei ein strenges und konsequentes Vorgehen

gegenüber Falschparkern – auch und insbesondere bei Großveranstaltungen. Die Stadt muss sich mit dafür einsetzen, dass mit Frankreich ein Abkommen über Amts- und Rechtshilfe geschlossen wird, um Ordnungswidrigkeiten auch im Nachbarland verfolgen zu können. Mittelfristig muss die Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt und dem privaten Parkplatzbetreiber Q-Park erheblich verbessert werden. Dabei muss ein Ziel sein, die Preisunterschiede zwischen den Parkplätzen von Q-Park und den städtischen Parkplätzen weitgehend anzugleichen. Dass dabei die Parkplätze in der Kernstadt teurer sein müssen, als die in den Außenbezirken, versteht sich von selbst. Q-Park müsste darüber hinaus seinem selbst gesteckten Ziel gerechter werden, dass die hohen Preise durch hohe Qualität gerechtfertigt werden.

## **2. Saarbrücken bildet sich: Leistung und mehr Gerechtigkeit in Kita, Schule und Uni**

Bildung und Wissen entscheiden grundlegend über die Chancen, die junge Menschen in unserer Gesellschaft haben. Bildung entscheidet über beruflichen Erfolg, über die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben und am gesellschaftlichen Wohlstand teil zu haben. Sie ist die Voraussetzung für eine demokratische, ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung unserer Gesellschaft. **Die Teilhabe an Bildung ist eine Frage der Gerechtigkeit**, sie ist auch die Voraussetzung für die Entfaltung von Kreativität. Wir GRÜNE wollen sicher stellen, dass alle Kinder und Jugendliche ihr Recht auf Bildung und Ausbildung wahrnehmen können, und jeder gemäß seinen Fähigkeiten einen optimalen Abschluss erreichen kann. Es ist daher dringend erforderlich, mehr in Bildung zu investieren – in die frühkindliche Bildung in Krippen, Kindertagesstätten und Schulen. Wir fordern, die durch den Geburtenrückgang frei werdenden Ressourcen im Bildungssystem zu belassen.

### **2.1. Krippen und Ganztagschulen ausbauen**

Der Schlüssel für lebenslanges Lernen liegt in der frühen Kindheit. Bis zum Schulalter werden die Grundlagen für kreative Entfaltung, für Forschergeist und eine entsprechende Lebenseinstellung gelegt. Deswegen sind neben den Eltern die Kinderkrippen und Kindertagesstätten so wichtig. Wir GRÜNE setzen uns für einen **Rechtsanspruch auf Bildung und Ganztagsbetreuung ab dem ersten**

**Lebensjahr** und die sukzessive Einführung der **generellen Beitragsfreiheit** ein. Mit einem schnelleren Ausbau von Krippenplätzen muss sofort begonnen werden. Wir GRÜNE sehen die Grundschule als die wichtigste Schule an. Wir setzen uns für eine optimale finanzielle Ausstattung ein und kämpfen dafür, dass **der Ausbau zu Ganztagsgrundschulen fortgesetzt wird**. Für uns ist die Ganztagschule die Schule der Zukunft. Auf dem Weg dahin muss es in jedem Stadtteil mindestens eine Ganztagsgrundschule geben, damit die Eltern die Wahlfreiheit haben zwischen der Halbtags- und Ganztagschule. Die ganztägige und professionelle Bildung und Betreuung von Kleinkindern im Vorschulalter im Bereich der Krippen und Kindertagesstätten muss im schulischen Bereich nahtlos fortgesetzt werden können.

## **2.2. Saarbrücken braucht starke Hochschulen**

Wissenschaft und Forschung sind im Zeitalter der Globalisierung zentrale Merkmale einer zukunftsfähigen Stadt. Saarbrücken ist seit über 60 Jahren Universitätsstadt. Es gibt insgesamt sieben Hochschulen mit über 20.000 Studierenden. Damit ist unsere Landeshauptstadt ein bedeutender Hochschul- und Forschungsstandort. Trotzdem ist z.B. die gefühlte Entfernung zwischen der Innenstadt und der Universität des Saarlandes im Stadtwald, an der rund 15.500 Studierende eingeschrieben sind, recht groß. Das liegt daran, dass die Campus-Uni anders als in „klassischen“ Universitätsstädten das Stadtbild nicht durch unmittelbare Sichtbarkeit von Institutsgebäuden, Bibliotheken, etc. prägt. Die Uni trägt dadurch in der alltäglichen Erfahrung weniger zur Identität der Stadt, der Region und der Menschen bei, als ihrem tatsächlichen Gewicht und ihrer Größe angemessen ist. Wir unterstützen daher sowohl die Bemühungen der Universität als auch der Stadt Saarbrücken, stärker zusammenzuarbeiten und die **Identität Saarbrückens als Universitätsstadt zu stärken**. Wir begrüßen ausdrücklich die Planungen der Universität für einen Öko-Campus. Auch als Hochschulstandort steht Saarbrücken in Konkurrenz zu vielen anderen Städten in Deutschland und der SaarLorLux-Region. Während es in Rheinland-Pfalz keine Studiengebühren gibt, hat die saarländische CDU-Landesregierung Studiengebühren eingeführt. Das ist nicht nur unsozial, sondern führt auch zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Universitäten der Region. Wir GRÜNE sind der Meinung, dass der Zugang zu höherer Bildung nicht vom Geldbeutel abhängen darf. Wir wollen deswegen **die Studiengebühren wieder abschaffen**. Gleichzeitig muss der Universitäts-Haushalt um die Differenz, die durch den Wegfall der Studiengebühren entsteht, erhöht werden.

## 2.3. Stadtbibliothek stärken

Bibliotheken dienen der Vermittlung von Medienkompetenz in der Wissens- und Informationsgesellschaft und eröffnen den Zugang zur Welt der Literatur. Die Stadtbibliothek Saarbrücken ist die größte kommunale öffentliche Bibliothek des Saarlandes. Ihre Angebote richten sich an alle BürgerInnen der Stadt und des Umlands. Wir setzen uns dafür ein, dass **die Stadtbibliothek verstärkt gefördert wird**. Wir wollen, dass im Saarland so schnell wie möglich ein **Bibliotheksgesetz** verabschiedet wird, das regelt, dass das Vorhalten von Bibliotheken keine freiwillige, sondern eine Pflichtaufgabe ist.

## 3. Vielfalt gestalten

### 3.1. Macht und Verantwortung fair zwischen Frauen und Männern aufteilen

Der Lohnabstand zwischen Frauen und Männern ist im Saarland mit 22,6 Prozent (2007) noch höher als im Bundesdurchschnitt (20,8). Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten im Niedriglohnbereich sind Frauen. Die Führungspositionen in Wirtschaft und Wissenschaft werden immer noch von Männern dominiert. Für uns GRÜNE gilt nach wie vor: Wir wollen Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern schaffen. Das heißt: Die Hälfte der Macht für Frauen und die Hälfte der Verantwortung für Männer. Arbeit und Kindererziehung sollen zwischen Frauen und Männern aufgeteilt werden. Um nicht nur die rechtliche, sondern auch die tatsächliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern zu erreichen, setzen wir auf eine Doppelstrategie. Zum einen soll in allen politischen Handlungsfeldern regelmäßig beobachtet werden, welche Folgen die jeweiligen Maßnahmen für Frauen bzw. für Männer haben (**Gender Mainstreaming**). Zugleich soll die gezielte Förderung von Frauen und Mädchen bestehende Nachteile ausgleichen. Das Geschlechterverhältnis muss auch in Rechnung gestellt werden, wenn es um die Verteilung öffentlicher Gelder geht. Bei allen Ausgaben muss überprüft werden, welche Auswirkungen dies auf Frauen und Männer hat (**Gender Budgeting**). Wir fordern, dass dieses Prinzip künftig beim städtischen Haushalt angewendet wird. Wir setzen uns für konkrete, differenzierte Maßnahmen zur Überwindung der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ein. Ein geschlechtsbezogener Ansatz bei allen politischen Maßnahmen und Konzepten muss tatsächliche Chancengleichheit durch Zielvorgaben, Programmgestaltung, Projektvorschläge,

Evaluation und Controlling sicherstellen. Ein fester Prozentsatz der Wirtschaftsförderungsmittel muss für Frauenprojekte reserviert werden.

**Der Staat muss in Sachen Gleichberechtigung voran gehen.** Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Unternehmen, die einen öffentlichen Auftrag von der Stadt bekommen wollen, Gleichstellungsmaßnahmen im Unternehmen vorweisen müssen. Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf sind verlässliche und **qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote.**

Gewalt gegen Frauen muss geächtet werden. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Informationen über das Unterstützungssystem aus Frauenhäusern, Zufluchtwohnungen, Notrufen, Frauenberatungsstellen und Interventionsstellen an geeigneten Orten und in verschiedenen Sprachen für alle zugänglich gemacht werden. Präventionsprojekte müssen ausgebaut werden, damit bereits Kinder und Jugendliche gewaltfreie Konfliktlösungen erlernen. Zur **Prävention gegen Gewalt** gehört auch die psychosoziale Täterarbeit wie z.B. Trainingsprogramme für gewalttätige Männer, damit sie aufhören, Frauen zu schlagen. Migrantinnen und deren Kinder sind häufiger durch häusliche Gewalt, „Ehrenmorde“ und Zwangsverheiratungen bedroht als der Rest der Bevölkerung. Das sind Themen, die uns GRÜNE als Menschenrechtspartei im Spannungsfeld zwischen Familien-, Frauen- und Migrationspolitik besonders herausfordern. Wir wollen alltagstaugliche Handlungskonzepte entwickeln, die den betroffenen Menschen helfen ohne sie zu stigmatisieren.

Wichtige frauenpolitische Projekte wie z.B. Notrufgruppe, Nele, und die Hurenselbsthilfe dürfen auch in einer schwierigen Haushaltslage nicht in Frage gestellt werden. Wir setzen uns für diese Projekte ein und sagen ihnen unsere volle Unterstützung zu.

### **3.2. Aktive Politik für Lesben und Schwule**

Wir GRÜNE stehen für die Anerkennung und Gleichberechtigung schwuler und lesbischer Lebensformen und ein aktives Engagement gegen deren Diskriminierung. Wir setzen uns für Gleichberechtigung und eine umfassende und aktive Antidiskriminierung ein. Dabei haben wir besonders die Lesben und Schwulen in der Stadtverwaltung und in den städtischen Eigenbetrieben im Blick. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt verstärkt mit dem Lesben- und Schwulenverband Saar (LSVD) zusammenarbeitet und ihre MitarbeiterInnen auf die Angebote des Verbands hinweist.

Anti-Gewalt-Projekte und die Aufklärungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen müssen gefördert und langfristig gesichert werden. Bei städtisch bezuschussten

Frauenprojekten und städtisch geförderten Beratungsstellen soll die Situation von Lesben mehr Berücksichtigung finden.

Die Probleme heranwachsender Lesben und Schwulen bedürfen spezieller Angebote von Jugend- und Familienberatungsstellen. Lesben und Schwule im Alter stoßen in Senioren- und Pflegeheimen oft auf Unverständnis. Eine Sensibilisierung des dortigen Personals durch Schulungen und Fortbildungsmaßnahmen halten wir daher für wichtig.

### **3.3. Das Herz Europas gestalten**

Saarbrücken als wichtige Hauptstadt in der SaarLorLux-Region liegt im Herzen Europas. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Stadt von dieser Lage profitiert und die Menschen in Saarbrücken die Möglichkeit haben, Europa vor Ort zu erleben. Dazu gilt es Bürokratiehemmnisse abzubauen und positive Projekte wie z.B. die Universität der Großregion und den Eurodistrict zu unterstützen. Wir kämpfen außerdem für eine Verbesserung der grenzüberschreitenden ökologischen Zusammenarbeit. Als Europapartei sind wir diejenigen, die Europa auch kommunal im Blick haben. Die Politik von CDU und FDP, die Saarbrücken gerne als „französischste Stadt“ Deutschlands vermarkten möchten, aber ein deutsch-französisches Wirtschaftszentrum am Eurobahnhof blockieren, ist für uns unglaublich. Die Bezeichnung Eurobahnhof gilt es mit europäischem Leben zu füllen, denn was nutzt eine schnelle Zugverbindung von Saarbrücken nach Paris, wenn sie nicht dazu beiträgt, dass Menschen zusammenkommen und grenzüberschreitend arbeiten? Es gibt auf kommunaler Ebene viele europaweite Initiativen, die zeigen, dass man gemeinsam etwas bewegen kann. Ein gutes Beispiel ist die Kampagne für „Fair Trade Towns“, die verschiedene entwicklungspolitische Vereine geführt haben und die wir mit Anträgen im Stadtrat erfolgreich unterstützt haben.

In Brüssel werden viele Entscheidungen getroffen, die Auswirkungen auf die Kommunen haben. Wir GRÜNE haben z.B. erreicht, dass sich die Kommunen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht mehr allein für den kostengünstigsten Anbieter entscheiden müssen. Sie können nun auch ökologische, soziale und ethische Kriterien geltend machen – für mehr Nachhaltigkeit und Sozialverträglichkeit, Klimaschutz und Geschlechtergerechtigkeit. In der Daseinsvorsorge, die wichtige Bereiche wie etwa die Wasserversorgung, den öffentlichen Personennahverkehr, Krankenhäuser oder soziale Dienste betrifft, kämpfen wir für die Anerkennung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts. Überzogene Privatisierungswünsche bei der Daseinsvorsorge lehnen wir ab.

### 3.4. Zukunftsaufgabe Integration meistern

Saarbrücken ist eine internationale Stadt. Hier leben seit langem Bürgerinnen und Bürger vieler Nationen zusammen. Sie alle bereichern das kulturelle, wirtschaftliche und soziale Leben in der Stadt. Diese Normalität von Einwanderung kontrastiert mit ungleichen Chancen von Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten. Deren Integration ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Ihr müssen sich alle Akteure stellen – gerade auch die Kommunen, denn Integration geschieht im Miteinander-Leben vor Ort, im Beruf, in der Nachbarschaft, in Kindergarten und Schule.

Unser Ziel ist der **gleichberechtigte Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft**. Das Zuwanderungs- und Integrationsbüro (ZIB), das auf unsere Initiative hin bei der Stadtverwaltung installiert wurde, hat in den vergangenen fünf Jahren bereits viele Akzente gesetzt und wichtige Initiativen auf den Weg gebracht. Wir werden weiterhin Partner sein bei der **Umsetzung des Integrationskonzeptes** und bei der Stärkung des Integrationsbeirates.

Die Anzahl der bei der Landeshauptstadt Saarbrücken beschäftigten Menschen mit Migrationshintergrund ist verschwindend gering. Um einen aktiven Beitrag zur Chancengleichheit zu leisten und gleichzeitig auf die veränderten Anforderungen in den Publikumsämtern besser reagieren zu können, setzen wir uns für konkrete Aktivitäten für eine **interkulturelle Öffnung der Verwaltung** ein. Das beinhaltet auch die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund und eine Quotierung bis der Anteil an Ausbildungsplätzen dem Anteil der MigrantInnen an der Saarbrücker Bevölkerung entspricht.

Die Beschäftigungssituation von Migrantinnen und Migranten hat sich in den letzten Jahren überdurchschnittlich verschlechtert. Ihre Arbeitslosenquote ist mit 20 Prozent doppelt so hoch wie die der deutschen Bevölkerung. Wir unterstützen den Aufbau eines Kompetenznetzwerkes „Arbeitsmarktintegration von MigrantInnen“, das als Plattform für Information, Austausch und Konzeptentwicklung für die lokalen Akteure dient.

Wir setzen uns für eine interkulturelle Öffnung des Gesundheitssystems ein.

Wir wollen Migrantinnen und Migranten ermutigen, sich stärker in Stadt- und Stadtteilentwicklungsprozesse einzubringen. Die Stadtverwaltung fordern wir auf, ihnen Möglichkeiten der aktiven Bürgerschaft anzubieten und auf Zuwanderer als Bürgerinnen und Bürger offen zuzugehen.

### 3.5. Selbstbestimmtes Leben für Behinderte

Selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft ist seit jeher oberstes Ziel GRÜNER Politik für Menschen mit Behinderung. Dies setzt jedoch voraus, dass Menschen mit

Behinderung wirklich wählen können: Wie möchte ich wohnen? Wo möchte ich arbeiten? Auf welche Schule möchte ich gehen? Welche Hilfe benötige ich? Zu dieser Wahlfreiheit ist es noch ein langer Weg und er erfordert einen Umbau in allen Lebensbereichen.

Wir GRÜNE setzen uns daher für **Barrierefreiheit** ein – insbesondere für alle Plätze, Wege, öffentliche Gebäude und den öffentlichen Personennahverkehr. Wir fordern die Veränderung von Wegeverbindungen für **sehbehinderte und blinde Menschen**. Wir wollen **Menschen mit Hörbehinderungen** die Teilnahme an allen öffentlichen, insbesondere kulturellen Veranstaltungen ermöglichen. Wir unterstützen die **Integration behinderter Kinder und Jugendlicher** in möglichst alle vorhandenen Angebote. Für Krippen, Kindergärten und Schulen soll Wahlfreiheit garantiert sein. Wir unterstützen **selbstständiges Wohnen** in einer eigenen Wohnung für möglichst viele Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung durch neue Wohnkonzepte, von denen auch alte Menschen profitieren. Hierzu gehört auch ein vermehrtes Angebot an ambulanten Diensten, die eine selbstbestimmte Assistenz ermöglichen. Die Beratungs- und Unterstützungsangebote müssen erheblich verstärkt werden; insbesondere die Chancen, die das persönliche Budget bietet, müssen besser nutzbar sein.

Dabei setzen wir GRÜNE uns insbesondere für die Menschen ein, die aufgrund verschiedener, weiterer Lebensumstände diskriminiert werden und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie an Chancengleichheit besonders gefährdet ist. Saarbrücken soll eine **Stadt für alle Menschen** werden, wo jede/jeder so leben kann, wie sie/er ist.

### **3.6. Alt und Jung: Den demografischen Wandel gestalten**

Saarbrücken verliert von Jahr zu Jahr Einwohnerinnen und Einwohner und die Menschen, die bleiben, werden immer älter: Der demografische Wandel ist auch in der Landeshauptstadt spürbar. Auch die Lebensumstände haben sich verändert, immer mehr Menschen leben in Kleinfamilien oder allein. Die Auswirkungen des demografischen Wandels werden jedoch nicht von heute auf morgen spürbar sein, es handelt sich vielmehr um einen schleichenden Prozess. Deshalb ist es in den kommenden Jahren notwendig, konsequent in allen Lebensbereichen eine Politik zu verfolgen, bei der der Mensch im Vordergrund steht. Wir wollen heute die Chance ergreifen, die Veränderungen, die der demografische Wandel mit sich bringen wird, zu gestalten. Dabei ist unser Ziel eine soziale und solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen ein **selbstbestimmtes Leben** führen können – unabhängig davon, wie alt sie sind. Die Gestaltung des demografischen Wandels bedarf keiner Sonderprogramme. Er muss in allen Politikfeldern zur Querschnittsaufgabe werden. Der demografische Wandel darf nicht missbraucht werden, um wertvolle

Einrichtungen des öffentlichen Lebens wie die Stadtbibliothek, Kinderspielplätze, Grundschulen oder die Stadtteilprojekte in ihrem Bestand zu beschneiden. Er muss vielmehr als Chance begriffen werden, in Saarbrücken wieder eine Politik zu machen, die auch langfristig Bestand hat und nicht nur an heute denkt.

## 4. Soziales und Gesundheit in Saarbrücken

Wichtige Felder der kommunalen Sozialpolitik können in der Landeshauptstadt Saarbrücken nicht mehr selber gestaltet werden: Das Jugendamt wurde bereits vor Jahren an den (damaligen) Stadtverband abgegeben, seit der Hartz-IV-Reform wird die Sozialhilfe für erwerbsfähige Beziehinnen und Bezieher und damit große Teile der Arbeitsmarktpolitik von der ARGE abgewickelt, und im letzten Jahr setzte die CDU-FDP-Mehrheit im Stadtrat gegen viele Proteste durch, dass auch die Sozial- und Seniorenpolitik an den Regionalverband zurückgegeben wurde. Was für kleinere Kommunen sinnvoll ist – nämlich ein Zusammenschluss wesentlicher Dienstleistungen auf Kreisebene – kann für eine Landeshauptstadt nicht zielführend sein. Wir setzen uns daher mittelfristig dafür ein, dass **Saarbrücken kreisfrei wird** und damit die Gestaltungsmöglichkeiten in seiner Sozialpolitik zurückerhält. Bis dahin bleiben die sogenannten freiwilligen Leistungen, mit der die Stadt Schwerpunkte in den Bereichen Soziales und Gesundheit setzen kann. Dazu gehört die Gemeinwesenarbeit.

### 4.1. Gemeinwesenarbeit stärken

Die Gemeinwesenarbeit ist seit 30 Jahren ein wichtiger Baustein der Saarbrücker Kinder-, Jugend- und Sozialpolitik. Gemeinwesenarbeit versteht sich als Moderator und Mittler zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Rat und Verwaltung. Menschen werden ermutigt, selbst aktiv zu werden und zur Verbesserung ihrer Lebenssituation in den verschiedensten Bereichen beizutragen. Die sieben bestehenden Projekte der Gemeinwesenarbeit in Saarbrücken führen Sozialberatung durch, machen Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit, organisieren Freizeit- und Bildungsangebote, unterstützen die Integration von zugewanderten Menschen. Sie sind Seismographen für die Lebenslagen im Stadtteil und tragen wesentlich zur Stadtteilentwicklung bei, so auch, indem sie in großem Umfang Drittmittel akquirieren, die dem Stadtteil zu gute kommen. **Wir GRÜNE sind verlässliche Partner der Gemeinwesenarbeit in Saarbrücken.** Bei den Diskussionen um die Vertragsverlängerung während der

letzten zwei Jahre haben wir von Anfang an darauf bestanden, in diesem Bereich nichts zu kürzen. Auch in **Dudweiler** wollen wir die **Gemeinwesenarbeit** etablieren.

## 4.2. Kinder und Jugendliche fördern

Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander, vor allem Kinder sind die Leidtragenden. Wir setzen auf Prävention, um einer dauerhaften Benachteiligung von Kindern aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien entgegenzuwirken. Eines unserer Ziele sind **echte Ganztagschulen**, in denen alle Kinder gleichermaßen gefördert werden. Bis dahin halten wir den **Erhalt und Ausbau von Kinder- und Jugendhäusern** (Programm „Freiraum für Prävention“) für notwendig. In diesen Häusern wird im Nachmittagsbereich über verschiedene Altersgruppen und verschiedene Herkunftsländer hinweg soziale Kompetenz gefördert, die Eltern werden in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt, Bildungs- und Freizeitangebote zeigen den Kindern und Jugendlichen Alternativen auf. Wir setzen auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von Kommune und freien Trägern im Sinne einer optimalen Nutzung von Ressourcen im Sozialraum Stadt.

## 4.3. Gesundheit für alle

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit, sie ist körperliches, geistiges und seelisches Wohlbefinden. Deshalb umfasst GRÜNE Gesundheitspolitik auch die Rahmenbedingungen für eine gesunde Umwelt und umfassenden Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Um die Gesundheitschancen aller Bevölkerungsgruppen zu verbessern, brauchen wir eine gesundheitsfördernde Politik und **stärkere Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede**. Ein Schwerpunkt muss die **Gesundheitserziehung in Kindergärten und Schulen** sein. Wir setzen auf **präventive Gesundheitspolitik**, die nicht früh genug beginnen kann. Wir wollen, dass Kinder in den Schulen gesundes Essen bekommen und Kindertageseinrichtungen zahlreiche Möglichkeiten zu sportlicher Betätigung bieten. Kommunale Krankenhäuser haben viele Vorteile. Entgegen der Privatisierungspläne von CDU und FDP haben wir uns dafür stark gemacht, dass das **Winterberg-Klinikum in städtischer Hand bleibt**. Denn wir GRÜNE sind überzeugt davon, dass ein Klinikum der medizinischen Versorgung der Bevölkerung und nicht dem Profit von Investoren dienen muss. Deshalb setzen wir uns auch weiterhin dafür ein, dass das Winterbergklinikum in öffentlicher Hand bleibt.

#### 4.4. Sicherung einer angemessenen Wohnungsversorgung

Angemessener, bezahlbarer Wohnraum und ein lebenswertes Wohnumfeld bilden eine Grundvoraussetzung für eine positive Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Im Kontext der demografischen Entwicklung ist es wichtig, Wohnungen und Wohnformen zu entwickeln, die ein lebenslanges Wohnen im Quartier ermöglichen. Es hat sich in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt, dass der Markt nur eingeschränkt in der Lage ist, diese Versorgung sicher zu stellen. Deshalb wurden kommunale Wohnungen insbesondere auch für Bevölkerungsgruppen gebaut, die Probleme haben, sich am Markt zu versorgen. Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten ist es daher notwendig, dass die Stadt sich zu ihrer Kernaufgabe der allgemeinen Daseinsvorsorge bekennt und mit der Siedlungsgesellschaft Mietwohnraum nach zeitgemäßen Standards für breite Bevölkerungsgruppen bereit stellt. Damit werden kommunale Steuerungsmöglichkeiten in diesem für die Menschen in der Stadt wichtigen Bereich erhalten.

#### 4.5. Drogenpolitik

Wir GRÜNE stehen für eine vorbildliche Drogenpolitik, die die Gesundheitsrisiken für alle Drogenabhängigen und andere negative Begleiterscheinungen minimieren will. Wir haben uns in den letzten Jahren immer für das **Drogenhilfezentrum** (DHZ) stark gemacht und sagen ihm auch weiterhin unsere Unterstützung zu. Durch unsere Forderung, einen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Situation rund um das Drogenhilfezentrum in der Brauerstraße zu erarbeiten, ist es gelungen, die bestehenden Probleme zu entschärfen. Die Verlagerung des Straßenstriches von der Brauerstraße weg zum Gelände des ehemaligen Hela-Marktes hat sehr dazu beigetragen, den durch Freier verursachten Auto-Verkehr einzuschränken und die massiven Beeinträchtigungen der benachbarten Anwohnerinnen und Anwohner des Drogenhilfezentrums zu mindern. Wir begrüßen es, dass es an dem neuen Standort **Beratungscontainer für die Prostituierten** gibt, und gezielte Hilfe möglich ist. Wir sehen dies auch als einen Beitrag, die Beschaffungskriminalität zu vermeiden. Auch weiterhin sprechen wir uns für **Methadon-Programme** aus und die Möglichkeit, an saubere Spritzen zu kommen. Durch **gezielte Hilfsprogramme** wie z.B. die kontrollierte Heroin-Abgabe an Schwerstabhängige wollen wir die Menschenwürde der Süchtigen achten. Denn wir verstehen Sucht als Krankheit. Unser besonders Augenmerk gilt auch der **Drogenprävention**. Wer Jugendliche vor gefährlichen Drogen bewahren will, sollte auf Aufklärung setzen und damit möglichst früh in den Schulen beginnen. Aus diesem Grund wollen wir die Finanzierung der

„AktionsGemeinschaft Drogenberatung e.V.“ durch Land, Regionalverband und Landeshauptstadt langfristig vertraglich absichern.

## **5. Eine Stadt zum Leben: Kultur- und Sportangebote stärken**

### **5.1. Kreative Stadt – auf dem Weg zur urban governance**

Die Kultur der Städte zeichnet sich in Zeiten der Globalisierung und des ökonomischen Strukturwandels aus durch ein Klima der Toleranz und der kulturellen Vielfalt. Die Städte sind gewissermaßen die Laboratorien des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Wandels. Wir GRÜNE festigen und sichern den Boden, auf dem eine kreative Stadtpolitik gedeihen kann: Durch **Förderung attraktiver Kulturangebote**, durch **Unterstützung subkultureller Initiativen**, durch **kulturelle Stadtteilpolitik**. In unserer ganzheitlichen Sicht ist urbane Kulturpolitik vernetzt mit der bürgerschaftlichen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Ebene. Im Reigen der Städte wird der Kulturfaktor zunehmend an Bedeutung gewinnen; kulturelle und soziale Aspekte sind darunter zu fassen. Dabei spielt auch die Anerkennung der multikulturellen Realität in der urbanen Kultur eine besondere Rolle. Wir stehen dafür ein, dass **die Saarbrücker Kulturarbeit frei und unabhängig bleibt**. Im besten Sinn auch unbequem zu sein hat. Einer schleichenden Degradierung zur reinen Marketing- und Eventkultur stellen wir ein Konzept aus etablierten Kulturangeboten aller Professionen und Offenheit gegenüber unabhängigen Kulturinitiativen entgegen.

Wir setzen uns für eine **deutliche Anhebung des Kulturetats** ein. Wir kämpfen für den **Erhalt der Museumslandschaft** Saarbrückens. Dazu gehören neben den Landesmuseen insbesondere auch die Stadtgalerie und das Künstlerhaus. Wir wollen die **Freie Szene in Musik, Theater, bildender Kunst, Literatur und Publizistik stärken**. Kunst und Stadtarchitektur im öffentlichen Raum müssen vernetzt werden. Wir brauchen Raum für Vergangenheitspolitik, insbesondere zur Aufarbeitung der jüngeren Saarbrücker Stadtgeschichte. Wir haben erreicht, dass der Weg zur Gedenkstätte Neue Bremm endlich beschildert wird und wollen diesen Ort der Erinnerung stärken.

Des Weiteren setzen wir uns für den **Erhalt von Zeugnissen der Industriekultur** ein.

Wir GRÜNE stehen für eine **Stärkung stadtteilbezogener Kulturaktivitäten**. Dazu gehört für uns u.a. Führungen in allen Stadtteilen zu fördern. Wir wollen Freiräume für städtische Subkultur als Orte kreativer Stadtentwicklung

Wir setzen uns für die Beibehaltung und den **Ausbau der Saarbrücker Festivallandschaft** ein. Dazu zählen insbesondere das Max Ophüls Filmfestival, das Festival Jazztransfer und die Sommermusik. Wir wollen, dass es eine jährliche Ausstellung der von der Stadt erworbenen Kunstwerke gibt. In der Vernetzung der grenzüberschreitenden Kulturarbeit im SaarLorLux Raum, unter besonderer Berücksichtigung des Großraum Saarbrücken/Forbach sehen wir eine wichtige Zukunftsaufgabe. Wir fordern außerdem ein regelmäßiges Berichtswesen über die wirtschaftlichen Potenziale der **Kulturwirtschaft** für die Landeshauptstadt unter besonderer Berücksichtigung von Inhalt, Qualität und Entstehungsgeschichte des vorhandenen kulturellen Angebotes

## 5.2. Mehr Raum für Sport

Sport ist ein wichtiger Bestandteil unserer modernen Gesellschaft. Individuell fördert er die Gesundheit jedes einzelnen Sporttreibenden. In der Gemeinschaft leistet der organisierte Sport einen wichtigen Beitrag zur sozialen und ethnischen Integration der einzelnen Sportlerinnen und Sportler. Gerade Jugendliche erlangen im Sport soziale Kompetenzen. Er stärkt ihr Selbstbewusstsein. Sie lernen Ihren Körper besser kennen und beherrschen. Sport ist ein wichtiger Katalysator für Aggressionen und dient der Gewaltprävention.

Leider werden immer weniger Menschen von den verschiedenen Sport- und Freizeitangeboten in Saarbrücken erreicht. Ein Indikator hierfür ist die Tatsache, dass erschreckend viele Kinder schon im Einschulungsalter unter Bewegungsmangel leiden und nur noch über eingeschränkte koordinative Fähigkeiten verfügen. Deshalb muss der Sport in Saarbrücken stärker gefördert werden. Wir GRÜNE wollen die **Vernetzung und Zusammenarbeit lokaler Sportvereine, Schulen und Jugendorganisationen vorantreiben**, um das vorhandene Angebot wieder näher an die Kinder und Jugendlichen heranzubringen. Die Bemühungen von Vereinen, Jugendorganisationen und Schulen, miteinander zu kooperieren sollen seitens der Verwaltung aktiv unterstützt werden. Deshalb fordern wir GRÜNE die Verwaltung auf, ein **Konzept für ein aktives Sportmanagement** zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Vereine die Möglichkeit haben, angemessene Trainingszeiten in den städtischen Hallen und auf den städtischen Sportflächen zu bekommen. Angesichts des Mangels an geeigneten Sportstätten soll das Sportmanagementkonzept zu einer konsequenten und effizienten Nutzung der vorhandenen Sportstätten führen. Es soll zudem aufgezeigt werden, in welchen Stadtteilen das bestehende Angebot dringend

verbessert werden muss, damit eine Nahversorgung für Kinder und Jugendliche mit geeigneten Sportstätten gewährleistet werden kann. Etwaige Kooperationen zwischen Schulen, Vereinen und/oder Jugendorganisationen sollen nicht mehr dem Zufall oder der Eigeninitiative der einzelnen Akteure überlassen werden, sondern im Rahmen des Sportmanagementkonzeptes gezielt initiiert werden.

Neben dem organisierten Sport soll auch der **Individual- und Breitensport** durch das Sportmanagementkonzept unterstützt werden. Den Bürgerinnen und Bürgern sollen die nötigen Informationen über die bestehenden Sportstätten und deren Öffnungszeiten einfach zugänglich gemacht werden. Es soll ein gezieltes Angebot für IndividualsportlerInnen und auch für aktive Seniorinnen und Senioren gestaltet werden. In allen Stadtteilen sollen multifunktionale Wiesen und Plätze für Spiel, Spaß und Sport entstehen bzw. weiter ausgebaut werden, um Möglichkeiten zum Sporttreiben anbieten zu können. Des Weiteren soll das von uns schon seit langem geforderte Bäderkonzept integraler Bestandteil des Sportmanagementkonzeptes werden.

## 6. Arbeitsmarkt-, Finanz- und Wirtschaftspolitik

### 6.1. Grüne Arbeitsmarktpolitik

Mehr als 7 Millionen Menschen in über 3,6 Millionen Haushalten beziehen zurzeit Arbeitslosengeld II und weitere soziale Leistungen. In Saarbrücken gibt es fast 15.000 so genannte Bedarfsgemeinschaften.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Hier ist vor allen Dingen der Bund gefordert. Die Finanzierung der Folgekosten aus der Langzeitarbeitslosigkeit und die soziale Grundsicherung dürfen nicht auf die kommunale Ebene abgewälzt werden, sondern müssen in **gesamtstaatlicher Verantwortung** bleiben. Angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise ist mit steigenden Arbeitslosenzahlen und einer höheren Belastung des Sozialversicherungssystems zu rechnen. Gerade deshalb darf die Finanzierung der Folgekosten aus der Langzeitarbeitslosigkeit nicht zum Gegenstand aktueller finanzpolitischer Debatten und Prioritätensetzung gemacht werden, sondern muss gemäß gesetzlicher Ansprüche garantiert bleiben.

Für uns GRÜNE waren und sind bei der Umsetzung der kommunalen Arbeitsmarktpolitik Kriterien wie die **Wahrung sozialer Bürgerrechte**, die **Hilfe aus einer Hand** und die **Einbeziehung der Kommunen auf gleicher Augenhöhe** wichtige Anforderungen. Um ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit zu erreichen, ist eine **Stärkung kommunaler Politik** notwendig. Diese

muss dazu beitragen, Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen, Menschen zu aktivieren, ihre Fähigkeiten zu fördern und ihre Integration in die Gesellschaft dauerhaft zu ermöglichen. Für Saarbrücken heißt das: Die Umsetzung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Saarbrücken soll auch in Zukunft als gemeinsame Aufgabe der Kommunen und der Arbeitsagenturen wahr genommen werden. Ziel muss es sein, auch weiterhin „Hilfe aus einer Hand“ zu leisten. Allerdings sollen die kommunalen Kompetenzen gegenüber dem jetzigen Zustand gestärkt werden, d.h. Entscheidungen zur Ausgestaltung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dürfen nur im Einvernehmen mit der kommunalen Vertretung getroffen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in der Landeshauptstadt die **kommunale Arbeitsmarktpolitik organisatorisch gestärkt wird** und entsprechende öffentliche Finanzmittel z.B. aus EU-Programmen nach Saarbrücken gelenkt werden. Die Abschaffung des städtischen Amtes für kommunale Arbeitsmarktpolitik durch die CDU-FDP-Koalition hat die kommunalen Mitwirkungsmöglichkeiten bei einer Beschäftigungspolitik in Saarbrücken geschwächt. Wichtige Projekte wie z.B. „Netzwerk Saar“ wurden zusammengestrichen. Wir GRÜNE setzen uns für eine **gemeinsame Programm- und Maßnahmenentwicklung mit den bewährten arbeitsmarktpolitischen Trägern** in Saarbrücken ein. Fördergelder vom Bund müssen direkt in die entsprechenden Maßnahmen fließen. Langzeitarbeitslose müssen umfassende Hilfen erhalten durch die Einrichtung einer **unabhängigen Arbeitslosenberatungsstelle**. Des Weiteren fordern wir GRÜNE die Einführung eines **Sozialtickets für Langzeitarbeitslose**, das neben ermäßigtem Zugang zu kulturellen und öffentlichen Einrichtungen auch einen ermäßigten Tarif beim Öffentlichen Personennahverkehr vorsieht.

## 6.2. Grüne Finanz- und Wirtschaftspolitik

Saarbrücken hat mehr als 500 Millionen Euro Schulden und jedes Jahr werden es ca. 50 Millionen Euro mehr. Politischer Handlungsspielraum sieht anders aus. Wie kann man sich aus dieser Zwangslage befreien? Der schlichte Ruf “Sparen!” greift zu kurz, denn eine Kommune hat Aufgaben, die sie erfüllen muss, sollen nicht langfristig viel höhere Kosten entstehen. Mit “Sparen!” alleine lassen sich auch nicht die Probleme lösen, die durch die schwache Position der Kommunen im finanziellen Verteilungskampf zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hervorgerufen werden. Sparerfolge können so zunichte gemacht werden, indem Entscheidungen auf Landes- oder Bundesebene zusätzliche Kosten für die Kommune bedeuten ohne dass zusätzliche Finanzmittel bereitstehen. Oder kommunale Einsparungen lösen sich im komplexen Geflecht der Ausgleichszahlungen zwischen Kommune, Land und Nachbarkommunen quasi in Luft auf und stärken nicht die Kommune, die sie erzielt

hat. Was also tun? Finanzpolitik in Saarbrücken muss auf drei Themenfeldern aktiv werden: **Transparenz, Klares Bekenntnis zu kommunalen Aufgaben** und deren Priorisierung, **Cleveres Sparen**.

Um dem allgemeinen Vorurteil von öffentlicher Verschwendung entgegenzutreten, muss bei jedwedem öffentlichen Handeln maximale Transparenz herrschen.

Leitungspositionen sind durch **transparente Auswahlverfahren** zu besetzen. Ziel muss es sein, für jede Position die beste Frau oder den besten Mann zu finden. Eine Vorauswahl anhand von Parteizugehörigkeiten ist nicht akzeptabel. In der Geschäftsführung städtischer Gesellschaften muss dem bereits konzipierten "Public Governance Codex" Geltung verschafft werden. Dazu gehört die Offenlegung der Vergütung der Leitungsebene.

Bei der Umstellung des kommunalen Rechnungswesens auf die übliche kaufmännische Buchführung ist die Eröffnungsbilanz durch einen unabhängigen Prüfer oder eine unabhängige Prüferin zu testieren.

Es ist zu prüfen, inwieweit die **Einführung von Elementen eines Bürgerhaushaltes** für eine höhere Transparenz sorgen kann.

Das Nachdenken über Einsparungen ist immer nur bei gleichzeitiger Betrachtung der Aufgabenseite möglich. Eine Kommune muss bestimmte Elemente der Daseinsvorsorge erbringen und auch weitere Aufgaben erfüllen. Manche dieser Aufgaben sind de jure für die Kommune nicht verpflichtend, trotzdem sind sie für ein funktionierendes Gemeinwesen unverzichtbar. Die Erfüllung kommunaler Kernaufgaben darf nicht durch Sparmaßnahmen gefährdet werden. Marode Schulgebäude durch Sanierungsstau sind kein Sparkonzept. Kommunale Aufgaben und ihre Prioritäten müssen klar benannt werden. Rat und Verwaltung müssen Schwerpunkte setzen. Insbesondere bei angespannter Haushaltslage ist es die Aufgabe des Rates, den Kurs festzulegen und sich nicht in der Detailarbeit zu verlieren. Wenn die **Prioritäten** klar kommuniziert werden, ist es auch für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar, warum sie gegebenenfalls in ihrem Umfeld auf etwas verzichten müssen. Sparen bedeutet nicht, Dinge nicht zu tun. Sparen bedeutet, notwendige Dinge mit einem Minimum an Aufwand zu tun, d.h. clever zu sparen. Einige Vorschläge dazu: Zur nachhaltigen Stabilisierung der Finanzlage ist ein **Sanierungspakt mit dem Land** und gegebenenfalls weiteren Partnern zu schließen. Eine nachhaltige Konsolidierung kann nur gelingen, wenn alle Ebenen an einem Strang ziehen und für Stadt und Land ein längerfristiger Planungshorizont besteht. Das Land muss sich darauf verlassen können, dass auf städtischer Seite ein längerfristiges Konsolidierungskonzept verfolgt wird und Haushaltsberatungen keine "Geschenkerunden" sind. Die Stadt muss Sicherheiten haben, dass ihr nicht jedes Jahr andere willkürliche zusätzliche Einsparauflagen aufgebürdet werden. Langfristig vereinbarte Projekte und Aufgaben müssen auch angesichts schwankender Steuereinnahmen durchführbar sein. Flankierend dazu muss sich die Stadt auf

Bundesebene dafür einsetzen, dass die Abhängigkeit der kommunalen Finanzen von der stark schwankenden Gewerbesteuer reduziert wird. Ein möglicher Weg zur Erreichung dieses Zieles ist der Umbau der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer. Eine verbreiterte Bemessungsgrundlage durch gewinnunabhängige Elemente sowie die Einbeziehung der FreiberuflerInnen reduziert die konjunkturelle Abhängigkeit, vermeidet wirtschaftlich nicht nachvollziehbare Abgrenzungsprobleme und schafft so faire Wettbewerbsbedingungen. Gleichzeitig müssen kleine und mittlere Unternehmen durch Freibeträge entlastet werden. Auch eine weiterentwickelte Gewerbesteuer soll auf die Einkommensteuer anrechenbar sein, künftig sollen Anrechnungsüberhänge aber auch auf andere Jahre übertragbar sein, um für die Unternehmerinnen und Unternehmer ein flexibleres Handeln zu ermöglichen und eine Substanzgefährdung zu vermeiden.

Clever sparen heißt beispielsweise, dass wir GRÜNE uns dafür einsetzen, dass Einsparpotenziale im Energiebereich genutzt werden. Die konsequente energetische Modernisierung städtischer Liegenschaften führt langfristig zu Einsparungen und erfüllt angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage auch alle Kriterien für sinnvolle Konjunkturprogramme. Zur Nutzung von Einsparpotenzialen gehört auch die **Einführung verbrauchsabhängiger Abrechnungen in allen städtischen Einheiten.**

### **6.2.1. Die Wirtschaftsregion Saarbrücken braucht ein klares Profil**

Die kommunale Wirtschaftsförderung in Saarbrücken leidet unter unklaren Kompetenzzuordnungen und unklaren politischen Zielvorgaben. Die Verantwortungsstrukturen müssen daher überdacht und ein klares Profil für die Wirtschaftsregion Saarbrücken entwickelt werden. Wirtschaftsförderung soll dabei nicht blind "irgendwelche" Wirtschaft fördern, sondern gezielt die **saarländischen und Saarbrücker Stärken fortentwickeln.** Und das Saarland und Saarbrücken können hier mit Qualitäten wie überschaubarer Größe und damit höherer Flexibilität als in größeren Ländern, der Scharnierstellung zu Frankreich und den regionalen Kompetenzen in IT, erneuerbaren Energien aber auch Automobiltechnik punkten. Eine schlagkräftige Wirtschaftsförderung aus einem Guss wird man nur erhalten, wenn man vor einer Umorganisation ein **klares Konzept mit klarer Aufgabenverteilung** unter Einbeziehung der städtischen Beteiligungen entwickelt hat. Die Arbeit des entsprechenden Arbeitskreises muss daher intensiviert und ergebnisorientierter ausgerichtet werden.

Eine gute Wirtschaftsförderung ist ein **Servicecenter**, eine **zentrale Anlaufstelle** für alle Belange von Unternehmerinnen und Unternehmern, so wie das Bürgeramt die zentrale Anlaufstelle für die privaten Belange der Bürgerinnen und Bürger ist. Im Blick der Wirtschaftsförderung darf dabei nicht nur der Bedarf von Großunternehmen

z.B. nach Erweiterungsflächen stehen, sondern es muss genauso dem kleinen Mittelständler oder der kleinen Mittelständlerin möglich sein, praktische Hinweise zu EU-Förderprogrammen zu bekommen. Auch der Handwerksbetrieb, der den Aufrufen der Politik folgt und Ausbildungs- oder qualifizierte Praktikumsplätze anbieten möchte, sollte beim **Wirtschaftsservice Saarbrücken** ein offenes Ohr finden, wenn er beispielsweise unerfahren in der Vertragsgestaltung ist und nach Musterverträgen für Praktikantinnen und Praktikanten fragt. Auch an spezifische Beratungsangebote für UnternehmerInnen und ExistenzgründerInnen mit Migrationshintergrund sollte gedacht werden. Auch solche kleinen praktischen und unbürokratischen Dienstleistungen **gerade auch für ExistenzgründerInnen sowie kleine und mittlere Unternehmen** schaffen ein unternehmerfreundliches Klima, in dem Unternehmen sich gerne in Saarbrücken ansiedeln und weiterhin dem Standort treu bleiben.

Die Folgewirkungen des ökonomischen Strukturwandels prägen die Koordinaten der Saarbrücker Wirtschafts- und Finanzpolitik. Verstärkt werden diese Faktoren durch den natürlichen Bevölkerungsrückgang, sowie allgemeine Wanderungsbewegungen auf dem Arbeitsmarkt. Umso bedeutender werden zukünftig ehemals „weiche“ Wirtschaftsfaktoren wie die Kultur- und Wissensökonomie. Wirtschaftsunternehmen werden sich bevorzugt dort ansiedeln, wo hochqualifizierte Arbeitskräfte gerne leben möchten. So ist für uns neben der verstärkten Förderung dieser „K&W – Ökonomie“ die Stärkung ökologischer Wirtschaftspolitik von hervorragender Bedeutung. Der Wissenstransfer von den Hochschulen in die regionale Wirtschaft muss weiter gefördert werden.

Die Kommunen spielen eine wichtige Rolle bei der zukünftigen Energiewende, die auf Energieeffizienz, Energiesparen und erneuerbare Energien setzt.

Die Saarbrücker Stadtwerke sind für uns dabei ein integraler Akteur dieser zukünftigen Energiepolitik.

Die Beibehaltung des dreigliedrigen deutschen Bankensystems ist uns wichtig.

Hier insbesondere die tragende Rolle der Sparkasse Saarbrücken für die kommunale Finanzpolitik. Eine Erweiterung zu mehr Transparenz für die Kundinnen und Kunden in Zeiten der Finanzmarktkrise, wachsender individueller Vorsorge und erweiterter Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen ist uns ein wichtiges Ziel.

Zusätzliche Information zu Investitionsmöglichkeiten in ökologische, ethische und soziale Projekte muss verstärkt werden.

Winterbergklinikum und Immobiliengruppe sind als städtische Beteiligungen wichtige Elemente der kommunalen Daseinsvorsorge und müssen deshalb in öffentlicher Hand bleiben.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den Ausbau der regionalen, grenzüberschreitenden Wirtschaftskooperation.

Wir fordern im Einzelnen:

- Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in städtischen Liegenschaften um 80 Prozent bis 2020. Danach streben wir eine 100-prozentige Versorgung aus erneuerbaren Energien an
- Zinslose Kreditierung städtischer Immobilien für energetische Gebäudesanierung durch Bund und Land
- Erstellung eines kommunalen Finanzberichtes nach Stadtteilen
- Stärkung der lokalen Ökonomie in den Stadtteilen
- Ausweisung ländlicher Nutzflächen zur Förderung einer stadtnahen ökologischen Landwirtschaft
- Einführung eines effektiven städtischen Forderungsmanagements

Bei der Einführung zukunftsfähiger Strategien muss die Sicherung der allgemeinen Lebensgrundlage des Menschen im Vordergrund stehen. Dafür steht auch die GRÜNE Ratsfraktion. Jetzt und in Zukunft.

### **Impressum**

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Saarbrücken

V.i.S.d.P.: Thomas Brück, Kreisvorsitzender

Redaktion: Tina Schöpfer